Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 40. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 203:**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 1,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 25. Januar 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Die Entwicklung des Kiautschau-Gebietes.** Die alljährliche Denkschrift über die Entwicklung des Kiautschau-Gebietes ist soeben dem Reichstage zugegangen. Das Jahr 1909 hat auch dem Kiautschau-Gebiete eine entschiedene Besserung seiner Lage gebracht, indem die Krisis langsam überwunden wurde, die während der vorangehenden Jahre den Weltmarkt beherrscht hat. Die Tatsache darf man, ohne sich einem allzu großen Optimismus hinzugeben, gewiß als ein Zeichen für die gesunde Grundlage ansehen, auf der die Entwicklung der Kolonie aufgebaut ist.

Der Gesamtwert des Handels ist von 49 704 985 Doll. im Jahre 1907/08 auf 65 019 877 Doll. im Berichtszeitraum, also um 36,8 Proz. gestiegen. Gegenüber der bislang günstigsten Entwicklungsperiode (1906/07) mit 51 592 440 Doll. beträgt die Steigerung 13 427 437 Doll. oder rund 26 Proz. Hieran ist besonders die Ausfuhr beteiligt. Die Gesamtausfuhr stellte sich auf 26 449 426 Doll. gegen 18 416 548 Doll. im Vorjahre. Eingeführt wurden Waren nichtchinesischen Ursprungs im Werte von 25 463 650 Doll. (21 449 510 Doll.) und Waren chinesischen Ursprunges im Werte von 13 106 771 Doll. (9 838 927 Doll.). Die Seezolleinnahmen in Tsingtau betrugen für die Zeit vom 1. Oktober 1908 bis zum 30. September 1909 insgesamt 1 099 278 Haikuan-Tael gegen 877 727 Haikuan-Tael im Vorjahre; das bedeutet ein Mehr von 25,2 Proz. Der Schiffsverkehr des Tsingtauer Hafens ist von 432 Schiffen mit 519 292 Reg.-To. im Jahre 1907/08 auf 511 Schiffe mit 670 085 Reg.-To. im Jahre 1908/09 angewachsen, das ist eine Steigerung um rund 18 bezw. 29 Proz. Der Gesamtbetrag der eigenen Einnahmen der Kolonie belief sich auf 2 399 000 Mk. Die eigenen Einnahmen überstiegen bereits den für die Deckung der fortdauernden Ausgaben der Zivilverwaltung erforderlichen Betrag.

Aus dem Berichtsjahre ist hervorzuheben die Gründung einer chinesischen Handelskammer und die Einrichtung einer Zweigniederlassung der chinesischen Staatsbank in Tsingtau. Als charakteristisches Anzeichen dafür, daß das Vertrauen auf die Entwicklung Tsingtaus auch von anderen Nationen geteilt wird, ist zu verzeichnen, daß hervorragende fremde Firmen in zunehmendem Maße damit vorgehen, in dem deutschen Schutzgebiete Zweigniederlassungen zu begründen und große fremde Schiffslinien haben begonnen, den Hafen der deutschen Kolonie auf ihren direkten Fahrten nach Europa anzulaufen. Das Berichtsjahr hat erhebliche Fortschritte im Ausbau des Bahnnetzes im Hinterlande gebracht. Auf der Tientsin—Pukou-Eisenbahn, einer wichtigen Anschlußlinie der Schantung-Eisenbahn, ist der Bau auf der nördlichen Strecke so weit fortgeschritten, daß voraussichtlich im Frühjahr 1910 die Strecke Tientsin—Tetschau eröffnet werden kann. Die deutsche Schantung-Eisenbahn selbst weist eine erhebliche Steigerung des Güterverkehrs auf, der von 418 269 To. im Vorjahre auf 619 685 To. im Berichtsjahre gestiegen ist und damit eine Zunahme ihres Ueberschusses von 1 532 993 Doll. auf 1 800 287 Doll. erzielt hat, so daß für das Kalenderjahr 1908 wiederum die Verteilung einer Dividende von 4% Proz. möglich war. Besonders bemerkenswert erscheint hierbei die Zunahme des Steinkohlenverkehrs der Eisenbahn, die ihren Grund hat in der Steigerung der Förderungen in den Kohlenfeldern bei Weihsien und im Poschan-Tal. Mit dieser gesteigerten Förderung ist aber auch eine Verbesserung der Qualität der Kohle Hand in Hand gegangen, insbesondere der Hungschan-Kohle.

* **Zu den deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.** Nachdem der Wirtschaftliche Ausschuß in seiner Sitzung am gestrigen Montag von den zwischen Berlin und Washington in der Handelsfrage geführten Verhandlungen Kenntnis genommen hatte, soll er, wie das „W. T. B." verbreitet, die Vollständigkeit des darüber vorgelegten Materials anerkannt und seine Billigung des Vorgehens der verbündeten Regierungen ausgesprochen haben. Wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit seien dem Ausschuß mehrere Fragen vorgelegt worden, deren Erörterung dahin geführt habe, daß sich im Sinne der bisher von den verbündeten Regierungen eingehaltenen Richtlinien ein Einverständnis ergeben habe.

* **Holland und das Nordsee-Abkommen.** In dem Bericht der Kommission der ersten holländischen Kammer über das Nordsee-Abkommen heißt es: Man hat daran gezweifelt, ob Holland Vorteil aus dem Abkommen ziehen könne, das seine Neutralität nicht garantiert. In einem Anhang zu dem Bericht drückt Senator Van Heeckeren, der frühere Gesandte in Stockholm, den Wunsch aus, es möge in einer Zusatzerklärung zu dem Nordsee-Abkommen eine Garantie dafür gegeben werden, daß Deutschland und England im Fall eines Krieges die Neutralität Hollands respektieren würden.

* **Se. Majestät der Kaiser** nahm am Sonnabend im Berliner Schlosse die Vorträge des Chefs des Marinekabinetts und des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes entgegen. Am Montag vormittag hörte Seine Majestät den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts.

* **Der Kronprinz** übernahm, wie die Leitung der Internationalen Ausstellung für Sport und Spiele in Frankfurt a. M. mitteilt, das Protektorat über die Ausstellung.

* **Das badische Großherzogspaar in Altenburg.** Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind, wie gestern bereits telegraphisch gemeldet wurde, am Montag mittag 1 Uhr 7 Min. in Altenburg eingetroffen. Die Begrüßung zwischen den hohen Herrschaften war sehr herzlich. Um 1 Uhr 30 Min. fand Familienfrühstück statt. 5 Uhr 30 Minuten war große Galatafel, um 7½ Uhr Galavorstellung im Hoftheater. Aufgeführt wurde das Rehmannsche Lustspiel „Die Jungfernrevolte", ein Stück, das in dem Altenburger adeligen Magdalenenstift um das Jahr 1807 spielt. — Die Abreise der badischen Herrschaften dürfte voraussichtlich morgen, Mittwoch, erfolgen.

* **Exzellenz von Loebell.** Es bestätigt sich, daß der zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ernannte Wirkl. Geh. Rat v. Loebell dies Amt nicht übernehmen wird. Zwar hat sich sein Gesundheitszustand erheblich gebessert, jedoch muß er sich auf ärztlichen Rat noch längere Zeit Schonung auferlegen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung seines Amtes hat Loebell auf weiteren Urlaub verzichtet und gebeten, seine Verabschiedung und die Ernennung eines neuen Oberpräsidenten herbeizuführen.

* **Die Kattowitzer Interpellation im Reichstage und das preußische Landtagswahlrecht.** Die vortreffliche „Ostdeutsche „Korr." läßt sich zu diesem Thema folgendermaßen vernehmen: Die zweitägige Besprechung der jüngsten Kattowitzer Beamten-Maßregelungen im Reichstage hat einmal wieder die unerfreuliche Tatsache vor der Oeffentlichkeit festgelegt, daß wir in demselben keine Mehrheit für eine national gerichtete Ostmarken-Politik haben. Ganz richtig sagte der polnische Abgeordnete v. Dziembowski: „Könnten wir heute eine Resolution fassen, so würde sie kein Vertrauensvotum für die Regierung sein." In der Tat waren Zentrum, Polen, Sozialdemokraten und Links-Liberale einig in der Verurteilung des Vorgehens der Regierung. Nur die Konservativen und der gemäßigte Liberalismus traten für diese ein.

Was folgt daraus? Daß in dem Momente, wo wir in Preußen das Reichstags-Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus erhielten, eine konsequente und energische Ostmarkenpolitik lahmgelegt wäre. Es gäbe keine Mehrheit mehr, welche diese Politik im Landtage trüge und ihr die Mittel zur Verfügung stellte. Man weise uns doch auf, was der Reichstag seit Jahrzehnten an positiver Arbeit auf dem Gebiete der Ostmarkenpolitik geschaffen hat. Nur in den Blütetagen der Blockpolitik hat man ihm die — übrigens sehr abgeschwächten — sprachlichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes abgerungen. Das ist alles. Kein Zweifel: ein preußisches Abgeordnetenhaus auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählt und von ähnlicher Zusammensetzung wie der Reichstag würde in der Ostmarkenpolitik völlig versagen, so daß selbst die Fortführung der heutigen Ansiedlungspolitik gefährdet wäre, sobald die 1908 neu aufgefüllten Millionen verbraucht sein würden.

* **Erhöhungen der Gebührenordnung.** Die Entwürfe betreffend Abänderung der Gebührenordnung für Notare und der Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher, die dem Abgeordnetenhause zugegangen sind, sind Folgeerscheinungen des preußischen Gerichtskostengesetzes. In Uebereinstimmung mit der Novelle zum Gerichtskostengesetze wollen die Entwürfe auch für das Gebiet der Gebührenordnung der genannten Kategorien die Schreib- und Postgebühren pauschalieren. Die Notargebühren werden ebenso wie die Gerichtsgebühren um 10 v. H. erhöht, und zwar im Rahmen des Gerichtskostengesetzes. Die Pauschgebühren für Schreibwerk usw. betragen 20 v. H. der zum Ansatz gelangenden Gebühr. — Eine Erhöhung der Gebühren für Rechtsanwälte bringt der Entwurf nicht, er erklärt in der Begründung, daß eine solche Erhöhung erst eintreten kann, wenn die Reichsgebührenordnung eine Erhöhung erfahren hat.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 24. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: von Arnim.

Die Verordnung vom 8. Oktober 1909 über die Bekämpfung der Kinderlähmung in den Regierungsbezirken Arnsberg, Köln und Düsseldorf wird in einmaliger Beratung gutgeheißen.

Die Beratung der Vorlagen über die Erweiterung der Stadtkreise Essen, Köln, Ratibor, Kiel, Flensburg, Hamburg und Frankfurt a. M. wird verbunden.

Abg. **Linz** (Ztr.) fordert Kommissionsberatung, da jede Eingemeindung auf ihre Notwendigkeit sorgfältig geprüft werden müsse.

Abg. **Treskow** (kons.) schließt sich dem an. Im Verlaufe dieser Besprechung erklärt noch Unterstaatssekretär Holtz, Vorarbeiten über ein Gesetz über die Bildung von Zweckverbänden seien im Gange. Es werde darauf ankommen, Zweckverbände möglichst von Stadt zu Stadt zu gründen. Es sollten aber erst noch die Verhandlungen der Gemeindekommission abgewartet werden.

Die Vorlagen gehen an die verstärkte Gemeindekommission. Es beginnt die zweite Lesung des

landwirtschaftlichen Etats.

Die Einnahmen werden ohne Besprechung bewilligt. Bei der allgemeinen Erörterung zum Titel Ministergehalt bemerkt auf Befragen des Abg. Wallenborn (Zentr.)

Minister **von Arnim:** Die preußische Regierung steht auf dem Standpunkte, daß bei künftigen Handelsverträgen Konzessionen auf dem Gebiete des Veterinärschutzes nicht gemacht werden können. Solche Schutzvorschriften können überhaupt nicht Gegenstand von Handelsvertragsverhandlungen sein. Diese Auffassung teilt, so viel ich weiß, auch die Reichsregierung.

Abg. **Dr. Crüger**-Hagen (frs. Vp.): Die Lage der Landwirtschaft hat sich außerordentlich gehoben. Das wird noch mehr hervortreten, wenn die Landwirte mehr und mehr die kaufmännische Buchführung einführen. Das ist ja bei den Betrachtungen über die agrarische Steuerveranlagung mehrfach hervorgetreten. Im Brennpunkte des Interesses steht die innere Kolonisation. Ihr Erfolg hängt von dem Verhalten der Großgrundbesitzer ab. Auch Frhr. von Wangenheim hat erklärt, die Großgrundbesitzer bringen der inneren Kolonisation passiven Widerstand entgegen. Allein schon der Kampf um die politische Macht erklärt dieses Verhalten. Bei der inneren Kolonisation handelt es sich nicht allein um Bauernansiedlung, sondern auch um die rationelle Behandlung der Arbeiterfrage, damit auch auf dem Lande die soziale Stufenleiter vervollständigt wird. Nach Ausführungen des Grafen Zedlitz-Trützschler lehnt der Großgrundbesitz die Beschäftigung inländischer Arbeiter vielfach ab, verschmäht auch wohl die Aufnahme der aus den Industriebezirken rückwandernden Arbeiter. Zur Durchführung der inneren Kolonisation gehören viele Millionen; die Mittel, die der Etat dabei flüssig macht, sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Da kann das Privatkapital gar nicht entbehrt werden, will man nicht eine Verzögerung des wichtigen Werkes. (Zuruf: Woher die Menschen nehmen?) Woher kommt denn die verstärkte Fideikommißbildung, wenn die Menschen fehlen? Wir fordern Beseitigung der Fideikommisse, fordern ein Fideikommißgesetz. Wieviel Bauerngüter waren notwendig, um die neugegründeten Fideikommisse zu bilden? Oder ist hier nur Großgrundbesitz verwendet? Ob Großgrundbesitz oder Fideikommiß ist wirtschaftspolitisch gleichgültig. (Aha! rechts.) Mit der inneren Kolonisation steht das ländliche Fortbildungsschulwesen in engstem Zusammenhange; es hat sich noch nicht in wünschenswertem Umfange erweitert. Im Regierungsbezirk Königsberg bestehen nur 39 solcher Schulen. Ist irgendwo Bürgerkunde notwendig, dann hier. Schwierig ist freilich die Beschaffung von Lehrern. Gegenüber den Lehrerinnen ist die nötige Fürsorge noch nicht vorhanden; an dem Kompetenzstreit zwischen Staat und Provinz darf die Frage nicht scheitern. Die Preissteigerung der Güter führt zu ungesundem Besitzwechsel. Zur Förderung der Entschuldung verlangt der Etat — sage und schreibe — 50 000 Mk. Die Pläne der ostpreußischen Landschaft kann ich nur billigen. Wenn sie jetzt aber auch noch die Lebensversicherung übernimmt, so geht das zu weit. Auch wir wollen dem Großgrundbesitz Raum lassen und ihm nicht durch ein Enteignungsgesetz zu Leibe gehen. Aber bisher hat noch jedes Kulturwerk beim Großgrundbesitz Widerstand gefunden. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. **Eckert-Winsen** (nl.): Ein von der Witterung so stark abhängiger Berufsstand wie der landwirtschaftliche bedarf besonderen Schutzes. Wir begrüßen die Ankündigung des Wassergesetzes. Für die ländlichen Fortbildungsschulen muß noch mehr geschehen. Die Verkürzung des Wertzolls ist nur zu bedauern. Wir betrachten die Landwirtschaft als Urquelle der Volksgesundheit und Wehrkraft und wollen die Fürsorge für sie von allen parteipolitischen Bestrebungen fernhalten.

Abg. **von Kessel** (kons.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir seit der Zeit vor den letzten Wahlen nicht gehört. Graf Zedlitz-Trützschler hat unmöglich eine Aeußerung in dem vom Abgeordneten Crüger angegebenen Sinne getan. Weiß Dr. Crüger nichts von den Verdiensten des Großgrundbesitzes um mittleren und kleineren Besitz? (Sehr wahr!) Mit dem Enteignungsgesetz, das Crüger für den Großgrundbesitz für später in Aussicht hat, möge er vorläufig noch warten! Bei den nächsten Handelsvertragsverhandlungen muß den Gärtnern ein wirklicher Schutz gesichert werden. (Sehr richtig!) Der Landwirtschaft geht es besser. Aber die kleinen Bauern leiden wie zuvor unter hohen Arbeitslöhnen und Kommunallasten. An Verständnis für Buchführung fehlt es auf dem Lande nicht. Aber der Augenblick, da auch der kleine Landwirt für die Buchführung genügend Zeit finden wird, ist sobald nicht da. Die Zeitschrift des Statistischen Amtes hat berechnet, daß die landwirtschaftlichen Bezirke die meisten Rekruten stellen; dann kommen die Industriebezirke und zuletzt die Großstädte. Wir begrüßen die Forderungen für die ländlichen Schulen. Beachtenswert ist der Vorschlag des Professors Rümpler auf Zentralisation der landwirtschaftlichen Wissenschaft. Die Ueberlandzentralen sind willkommen zu heißen, schon weil sie die Interessen von Landwirtschaft, Industrie und Kleingewerbe zusammenfassen. Möge das Wassergesetz nicht mehr lange auf sich warten lassen. Auf die innere Kolonisation wird einer meiner Freunde noch eingehen. Wir hoffen, die Fürsorge für die Landwirtschaft wird anhalten. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß dies dem Interesse des ganzen Landes entspricht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Fleuster** (Ztr.): Man überschätze das Wohlergehen der Landwirtschaft nicht. Die Preise sind zwar gestiegen, aber die Produktionskosten auch. Warum bilden sich denn nicht Aktiengesellschaften auf dem Lande? Die Konzessionierung gewerblicher Anlagen auf dem Lande muß einheitlich geregelt werden. Führt man nach englischem Muster die Kollektivhaftpflicht ein, so werden die Fabriken schon durchgreifende Maßnahmen gegen die Verunreinigung von Wasserläufen usw. ergreifen.

Abg. **Schröder**-Kassel (nl.): Vor zwei Jahren verlangte ein Antrag von Dr. Heydtweiler und mir Ansiedlung von Arbeitern auf dem Lande und erstrebte dabei vor allem die Erleichterung des Zwischenkredits. Wenn jetzt aber das Reichsversicherungsamt von den Landesversicherungsanstalten besondere Sicherheiten bei Ansiedlung von Arbeitern verlangt, so wird damit die Maßnahme fast gegenstandslos.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Die parlamentarische Lage in Ungarn. Im ungarischen Abgeordnetenhause wurde bei Beginn der Sitzung am gestrigen Montag ein königliches Handschreiben verlesen, in welchem die Entbehung des Kabinetts Wekerle und die Ernennung des Kabinetts Khuen-Hedervary mitgeteilt wird. Später verlas Graf Khuen-Hedervary eine Erklärung der Regierung, in welcher es u. a. heißt, der Zweck der Kabinettsbildung sei, die lange sich hinschleppende Krise durch streng gesetzliche, verfassungsmäßige Mittel zu lösen. Das Kabinett rechne hierbei auf die Unterstützung des Abgeordnetenhauses, sollte diese versagt werden, so beabsichtige das Kabinett Neuwahlen anzuordnen. In der Bankfrage werde die Regierung feinerzeit einen Vorschlag unterbreiten, der den Interessen des Landes entsprechen werde. Zur Frage des Wahlrechts erklärte er, daß die Einführung der Pluralwahl von der Regierung fallen gelassen worden sei, er stehe auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts, werde jedoch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191001252-15/fragment/page=0001

den geschichtlichen Charakter des Staates wahren. Die Rede wurde zuweilen durch Zeichen des Widerspruchs namentlich von seiten der Justhgruppe unterbrochen. — Auch im Magnatenhause hielt Graf Khuen-Hedervary seine Programmrede. Graf Stefan Tisza trat in wärmster Weise für den Ministerpräsidenten ein, er sprach sich nur gegen die Wahlreform aus. Tisza wurde nach seiner Rede vielfach beglückwünscht. Das Haus faßte schließlich einen Beschluß, in dem das die Ernennung der Regierung enthaltende königliche Handschreiben zur Kenntnis genommen und die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß die Regierung im Sinne der Gesetze ihre Aufgabe lösen werde.

Kronprinz Alexander von Serbien ist am Montag nachmittag in Sofia eingetroffen. Er wurde am Bahnhofe vom König Ferdinand empfangen.

Prinz Georg von Serbien, dessen zeitweilige Dienstunfähigkeit ärztlich festgestellt ist, erklärte dem Könige, daß er dem Beschluß der Regierung wegen seiner Versetzung nach Cornji Milanovac nachkommen werde. — Ferner erfahren wir aus Belgrad: Am gestrigen Montag wurde eine amtliche Erklärung über den Zwischenfall veröffentlicht, der am 31. Dezember a. St. im Königlichen Palais sich zugetragen hat. Darin heißt es: Prinz Georg wurde mit der Strafe belegt, den königlichen Hof für eine bestimmte Zeit zu meiden. Der Befehl des Königs an den Kriegsminister über die Einstellung des Prinzen Georg in das Infanterie-Regiment in Milanovac hat nur den Zweck, den Prinzen Georg durch die regelmäßige Tätigkeit im militärischen Dienste seine Erziehung vervollkommnen zu lassen, damit er später seinem Lande und der Dynastie nützlichere (!) Dienste leisten könne. Die serbische Presse hat den königlichen Befehl fälschlicherweise als eine Bestrafung ausgelegt, denn die Bestimmung eines Offiziers zum aktiven Dienst kann niemals als disziplinare Maßnahme gedeutet werden.

Das türkische Regierungsprogramm. Die türkische Kammer nahm in der gestrigen Sitzung zunächst das Anerbieten der Prinzessin Naziméh, einer Tochter des verstorbenen Sultans Abdul Aziz, an, die ihr Palais am Bosporus der Kammer zur Verfügung stellt. Hierauf verlas der Großwesir das Regierungsprogramm, das lebhaften Beifall hervorrief.

Er sprach zunächst über die innere Politik des Kabinetts. Dieses sei durchaus homogen zusammengesetzt. Die erste Pflicht der Regierung sei die Beruhigung der Gemüter, die Befestigung der Ordnung und vernünftiges Hinüberlenken des Volkslebens in normale Bahnen, aus denen es infolge der Aprilereignisse herausgerissen worden sei. Eine Abgrenzung der Befugnisse der Staatsgewalt sei nötig, die Beamtenfrage müsse gerecht geregelt werden, die Kräftigung der Eintracht zwischen den verschiedenen Nationalitäten sei unerläßlich, wozu auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beitrage. Dann werden Spezialmaßnahmen für einige Provinzen angekündigt, ferner der Finanzlage des Reiches entsprechende Maßnahmen zur Verstärkung der Armee und Flotte behufs Sicherung des Friedens. Die auswärtige Politik der Türkei basiere auf der aufrichtigen Freundschaft mit allen Großmächten und der Freundschaft und dem Vertrauen zu den Nachbarstaaten. Das Kabinett werde die Politik des früheren Kabinetts beibehalten, in dem es seine Vertragspflichten erfülle, gegen niemand illegale oder aggressive Tendenzen verfolge, aber die Rechte des Vaterlandes verteidige. Die Türkei werde sich bemühen, im Konzert der Mächte ein wichtiges Element des Friedens zu bilden. Der Großwesir schloß: Je mehr die Legislative und Exekutive die Verfassung wahren und sich verfassungswidriger Handlungen enthalten, desto mehr werden sie an Sympathien gewinnen, desto mehr werden wir bei der Wahrung der Rechte der Türkei Erfolg haben und desto leichter uns von den veralteten Kapitulationen befreien, die den Fortschritt verhindern.

Die Kammer nahm dann ein Vertrauensvotum für das Kabinett an.

Nach der Verlesung des Programms besprach der Großwesir einige Hauptpunkte und wies auf die Notwendigkeit hin, Reformen in Yemen einzuführen. Bezüglich der Kretafrage hob der Großwesir hervor, die Türkei befolge eine gerechte Politik und werde Kreta weitgehende Autonomie gewähren, aber die türkischen Rechte wahren und nicht erlauben, daß sich ein anderer Staat einmische. Hierauf folgte eine stürmische Debatte. Die gemäßigten Liberalen verlangten Aufklärung über den Sturz Hilmi Paschas. Der Großwesir trat den oppositionellen Rednern entgegen und betonte die Verfassungsmäßigkeit des Sturzes Hilmi Paschas.

Das Ergebnis des Vertrauensvotums bedeutet einen großen Sieg der Jungtürken.

Die Türkei und Bulgarien. Wie wir aus Saloniki erfahren, beschossen sich bei dem Blockhaus von Pagriiorda am Sonntag türkische und bulgarische Grenzposten mehrere Stunden lang; auf türkischer Seite wurden zwei Mann getötet und drei verwundet. Zurzeit herrscht Ruhe.

Die Wahlen in England. Bis Montag nachmittag 3½ Uhr waren gewählt 219 Unionisten, 200 Liberale, 33 Mitglieder der Arbeiterpartei und 68 Nationalisten. Die Gewinnziffern der Parteien sind unverändert. — Schatzkanzler Lloyd George ist in Carrarvon mit 3183 Stimmen wiedergewählt worden.

Blutige Zusammenstöße zwischen Sunniten und Schiiten. Wie aus Neubuchara vom 23. cr. gemeldet wird, finden in Buchara schon zwei Tage hindurch blutige Zusammenstöße zwischen Sunniten und Schiiten statt. Auf beiden Seiten wurden Personen getötet. Einige persische Läden wurden geplündert. Die Urheber der Unruhen, sunnitische Studenten, ziehen haufenweise durch die Straßen und haben es auf Perser und schiitische Beamte abgesehen. Die Sunniten strömen aus der Umgegend nach Buchara und fordern die Absetzung des Statthalters. Auf Bitte der bucharischen Regierung ist eine russische Truppenabteilung nach Neubuchara entsandt worden. Nach den letzten Nachrichten aus Neubuchara hat das Morden am Sonntag abend dort aufgehört. Die Zahl der Getöteten wird auf etwa hundert angegeben. Zum Schutze der russischen Institute, Banken und Transportkontors in Altbuchara sind russische Schildwachen aufgestellt worden.

Aus Nah und Fern.

Zu den Schneestürmen wird uns aus Berlin, 25. Januar, gemeldet: Der am Nachmittag einsetzende Schneefall dauerte bis in die späte Nacht. Da der Schnee feinkörnig war und lebhafter Wind herrschte, wurden Pflaster, Asphalt und Bahnschienen alsbald sehr glatt. Die Motore der Straßenbahnwagen mußten mehr Kraft verbrauchen, und es kam zeitweilig zu längeren Störungen und Hemmungen des Verkehrs sowie zu zahlreichen Unglücksfällen. — Nach Schriften aus Hamburg zufolge tobt dort seit 1 Uhr nachm. ein orkanartiger Schneesturm. Die meisten Linien der Straßenbahn mußten den Betrieb einstellen. Die Eisenbahnzüge laufen mit großen Verspätungen ein. — Dem „B. T." zufolge herrschen in Westengland starke Schneestürme. Der Eisenbahnverkehr ist sehr behindert. In Nordsteiermark storen durch die furchtbaren Schneeverwehungen mehreren Touristen die Gliedmaßen ab.

Die Hochwasserkatastrophe in Frankreich. Das Hochwasser der Seine ist in Paris im Steigen begriffen. Der Tunnel der Orleans-Bahn ist unter Wasser. Die Kais und die ihnen benachbarten Straßen sind überschwemmt. Der Verkehr auf der Untergrundbahn und zahlreichen Straßenbahnen ist teilweise unterbrochen. In der Nähe des Justizpalastes ist am Montag vormittag ein Erdrutsch eingetreten. Die Kellerräume des Palais Bourbon, in denen sich die Maschinen für die Beleuchtungsanlagen befinden, sind überschwemmt. In den Vororten sind die Bewohner an vielen Stellen, insbesondere in Thiais, vom Verkehr abgeschnitten. Tausende von Personen sind ohne Obdach. Das Hospital von Ivry ist seit Montag früh unter Wasser. Die Ueberschwemmung in der Provinz dauert an. In einem Dorf in der Nähe von Reims sind zehn Häuser eingestürzt. Ganz Chalons sur Saône steht unter Wasser. Zwei Personen sind während der Rettungsarbeiten ertrunken. Viele Leute haben sich auf die Dächer der Häuser geflüchtet und rufen verzweifelt um Hilfe. Dampfboote sind zur Hilfeleistung abgesandt.

Infolge des Hochwassers geriet das Karbidlager der Firma Zieschmann am Kaihafen bei Duisburg in Brand und entzündete große Holzstapel. Der Schaden wird auf 100 000 Mk. geschätzt.

Im Prozeß gegen die Verschwörer von Alipore tötete, wie uns aus Calcutta gemeldet wird, während des Verhörs vor dem Obergericht ein junger Bengale einen Polizeibeamten durch einen Pistolenschuß. Der Beamte war an der Untersuchung der Verschwörung hervorragend beteiligt. Der Mörder entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht. Auf der Straße warf er gegen einen ihn verfolgenden berittenen Polizeibeamten eine Bombe, die jedoch nicht explodierte.

Von den Dieben, die in München eine Handtasche mit Juwelen im Werte von 30 000 Mk. stahlen, hat man noch keine Spur. Der Diebstahl wurde verübt, als Frau Spickermann, die Schwiegermutter des bei München lebenden persischen Ministers a. D. Arsekak Reza Khan, mit dem Orient-Expreßzug gerade eine Reise nach Persien antreten wollte.

Der Fall Eckenberg. Nach einer Meldung aus London wurde nach Verhandlungen von mehreren Monaten durch das Polizeigericht die Auslieferung des schwedischen Gelehrten Dr. Eckenberg beschlossen, der des Mordversuches durch Absendung von Bomben durch die Post an mehrere Personen in Schweden verdächtig ist. Eckenberg erhielt die Erlaubnis, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Das Befinden der aus dem „Holland"-Schacht geretteten Bergleute, die, wie wir meldeten, im Knappschaftskrankenhause zu Meckendorf untergebracht wurden, ist erfreulicherweise sehr gut. Sie sehen alle sehr wohl aus bis auf Bayer, der an sich ein etwas schwächlicher Mensch ist. Am Sonnabend abend verfielen die Geretteten, nachdem man sie gebadet und mit Wein und Milch gestärkt hatte, in einen tiefen, gesunden Schlaf, den ersten Schlummer seit Dienstag. Am Sonntag waren sie schon wieder recht munter. Sie nahmen einen Becher Milch und mittags etwas feste Nahrung zu sich. Bayer wird wohl schon in den nächsten Tagen heimkehren können, ihm dürften seine leichtverletzten Kameraden bald folgen, während Schüpp wegen des gebrochenen Armes wohl noch einige Wochen im Krankenhause wird bleiben müssen.

inf. **Die Ehen im Hause Eulenburg.** Anläßlich der jüngsten Verlobung der Gräfin Alexandrine zu Eulenburg, der ältesten Tochter des Fürsten Eulenburg, mit dem Grafen Eberhard von Schwerin wird darauf hingewiesen, daß diese Verlobung die erste reinadlige im Hause Eulenburg ist. Die anderen Kinder des Fürsten, insbesondere seine beiden anderen Töchter, haben Bürgerliche die Hand zum Bund für das Leben gereicht. Gräfin Alexandrine ist die älteste Tochter. Die zweitälteste, die Gräfin Augusta zu Eulenburg, hat sich vor drei Jahren mit dem Privatsekretär ihres Vaters, dem Rumänen Jarolimek, verheiratet, der jetzt in Florenz lebt und als Schriftsteller tätig ist. Die jüngste Tochter des Fürsten, die Gräfin Viktoria, hat sich im vorigen Jahre mit dem Bremenser Maler Haas-Heye verheiratet. Sie war vorher mit dem Burggrafen und Grafen Alfred zu Dohna verlobt. Dieses Verlöbnis wurde aber gelöst. Auch die Söhne des Grafen sind mit bürgerlichen Frauen verheiratet. Ebenso wie die Gatten der beiden jüngsten Töchter des Fürsten Eulenburg künstlerischen Berufen angehören, so sind auch die Gattinnen des Grafen Sigwart und des Grafen Karl aus Künstlerberufen hervorgegangen. Graf Sigwart, der ein ausgezeichneter Klavierspieler ist und auf diesem Gebiete künstlerisch Bedeutendes leistet, hat sich im September vorigen Jahres in London mit der berühmten Konzertsängerin Helene Staegemann verheiratet. Es war eine Neigungsehe, die in der gemeinsamen Liebe für die Musik ihren Ursprung hat. Der jüngste Sohn des Fürsten, Graf Karl, hat sich als Student der Rechtswissenschaft vor ungefähr zwei Jahren gleicherweise in London mit einer Gesangskünstlerin namens Tilly Marx, die in München auftrat, vermählt.

Kongresse und Ausstellungen.

— **In Kiew** wird für 1911 eine landwirtschaftliche und industrielle Ausstellung geplant, zu der auch ausländische Erzeugnisse mit Anrecht auf Auszeichnung zugelassen werden, falls sie nicht mit russischen Erzeugnissen konkurrieren und eine Neuheit auf dem Gebiete der Industrie darstellen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

(.) **Worbis**, 23. Jan. (Der landwirtschaftliche Kreisverein) hielt gestern nachmittag hier eine Versammlung ab. Der Vereinsvorsitzende, Oekonomierat Biermann-Neumühle, überreichte zunächst unter anerkennenden Worten mehreren treuen Dienstboten und landwirtschaftlichen Arbeitern für langjährige Dienstleistungen bei einer Herrschaft die von der Landwirtschaftskammer gestifteten Prämien. Dann hielt Herr Zuchtinspektor Ausfeldt einen Vortrag über die Kultivierung der Wiesen und Dauerweiden. Der Redner betonte, daß gerade der kalkhaltige schwere Boden des Eichsfeldes seiner Futterwüchsigkeit wegen zur Anlage von Dauerweiden sehr gut geeignet sei und empfahl, den im Kreise vorgenommenen vereinzelten Versuchen weitere folgen zu lassen. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion. — In der nächsten Versammlung soll ein Vortrag des Kreistierarztes Wehr über die Tuberkulose und ein Vortrag über die Rentabilität der Rindviehzucht gegenüber der Rentabilität der Schafzucht in Aussicht genommen werden.

—e— **Frose**, 23. Jan. (Landwirtschaftliche Versammlung.) Der hiesige landwirtschaftliche Verein hielt vorgestern abend seine erste diesjährige Versammlung ab. Der Generalsekretär der anhaltischen Landwirtschaftskammer, Herr Dr. Georgs-Dessau hielt einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über „Die hauptsächlichsten Pflanzenschädlinge und ihre Bekämpfung". Darauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben heben wir folgendes hervor: Der landwirtschaftliche Verein Frose wurde am 11. Januar 1909 mit 40 Mitgliedern begründet. Im Laufe des Jahres wurden sieben Mitglieder neu aufgenommen, drei schieden aus, am Schlusse des ersten Vereinsjahres betrug also die Zahl 44. Es wurden drei Vorstands- und zehn Vereinsversammlungen abgehalten, in letzteren wurden fünf längere Vorträge gehalten, Vier Mitglieder führten Anbauversuche aus. Der Besuch der Versammlungen betrug durchschnittlich 50 Prozent. Die Rechnungslegung ergab Einnahme 177 Mk., Ausgabe 101,05 Mk. Ein Mitglied wurde neu aufgenommen. Die nächste Versammlung wird Mitte Februar abgehalten; die Versammlung wünscht einen Vortrag über Geflügelzucht; zu dieser Versammlung sollen auch die Damen eingeladen werden. Als Referent soll Herr Stendel-Bernburg gewonnen werden.

— **Schleiz**, 23. Januar. (Vor den Augen seines Kindes in den Tod gegangen. — Offene Pfarrstellen.) In Neudeck bei Plothen sprang, wie die „L. N." melden, gestern mittag der in geordneten Verhältnissen lebende und angesehene Gutsbesitzer C. O. aus Zenau in Gegenwart seines zehnjährigen Sohnes in den sehr tiefen Moorteich. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. — In Reuß j. L. mangelt es zurzeit an Bewerbern für erledigte Pfarrstellen. Für die Pfarrstelle in Rödersdorf bei Schleiz hat sich ebenfalls noch kein Bewerber gefunden.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Halle a. S., 24. Januar 1910.

Vorsitzender: Geh. Kommerzienrat Steckner. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Eingang einer Eingabe des Innungsausschusses bekannt gegeben, in welcher unter Beifügung einer Begründung um Zurückziehung des Beschlusses ersucht wird, nach welchem vom 1. April d. Js. ab ein vom Lehrherrn zu zahlendes Schulgeld von 6 Mk. für jeden der Fortbildungsschule zugeführten Lehrling erhoben werden soll. — Eine Anzahl Kellnervereinigungen bittet unter Hinweis darauf, daß es ohnehin sehr schwer für den Kellner von Beruf sei, sich selbständig zu machen, um Aufhebung der Schankkonzessionssteuer, die solche Selbständigmachung noch mehr erschwere. Diese Eingaben werden den betreffenden Etatsreferenten zugewiesen. Weiter macht der Magistrat Mitteilung von dem Stande der Kanalisationsarbeiten, woraus zu ersehen ist, daß der in der Anleihe für die Kanalisation vorgesehene Kostenbedarf nicht überschritten worden ist. — Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß der Magistrat dem Stadtverordnetenbeschluß über die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für die erledigte Stadiratsstelle zugestimmt hat. Die Versammlung hat aber noch zu beschließen, daß die Stelle ausgeschrieben und daß die Ausschreibungsfrist festgesetzt wird. Dieser Antrag wird als dringlich angesehen.

Die Versammlung tritt nun in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Der Berichterstatter, Stadtv. Knabe, spricht über die Regulierung der Gehälter der städtischen Beamten und Beschlußfassung über die dazu eingegangenen Eingaben, ferner über den Antrag auf Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter sowie das Gesuch der Bauamtsarbeiter um Lohnerhöhung und Einführung von Wochenlöhnen. Der Redner bemerkt, daß der Magistrat bei der Neuregelung der Beamtengehälter die Voraussetzung vorangestellt habe, daß es sich darum handelt, eine abschließende, auf längere Jahre hinaus ausreichende Besoldungsreform zu schaffen. Nun sei schon 1906 im Hinblick auf die Zollerhöhungen dasjenige bewilligt worden, was die Staatsbeamten erst mit Wirkung vom 1. April 1908 erhalten haben. Der Etatsausschuß, der alles genau erwogen habe, stehe auf dem Standpunkte, daß in erster Linie unsere Werkstätten zu berücksichtigen seien, daß zwar die Beamten in ausnahmsweiser Weise besoldet werden müssen, daß aber auch auf die Rücksicht genommen werden müsse, welche in Gestalt von Steuern diese Gehälter aufbringen müssen. Man habe keine Veranlassung, sich nach denjenigen zu richten, die von den Stadtverordneten zu präsentieren für gut befunden habe. Der Etatsausschuß habe nicht ohne Bedauern festgestellt, wie wenig gerade Zufriedenheit aus den Eingaben der Beamten hervorgeht. Es leuchte hieraus eine gewisse Begehrlichkeit hervor und eine gewisse Ueberhebung in bezug auf die Leistungsfähigkeit. Redner kennzeichnet dann die gesicherte Stellung der Beamten gegenüber jener, die „von der Hand in den Mund lebten". Auf die Unterbeamten habe der Ausschuß Rücksicht genommen und das getan, was er für angemessen hielt, aber bei den höheren Beamten sei er dem Magistrat weniger gefolgt. Der Ausschuß habe sich auch die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler vor Augen halten müssen, sowie die Einwirkung auf den Zuzug und den Wegzug. Die Einkommensteuer betrug bis 1901 120 Proz. und stieg bis 1909 auf 168 Proz. Dagegen ist das Einkommen in den letzten beiden Jahren, in denen die Steuern um je 12 Proz. stiegen, um nur 3,45 und 3,75 Proz. gestiegen. Wegen der hohen Steuern seien schon sehr steuerkräftige Bürger und Bürgerinnen weggezogen. Eine Reform der Gehaltsordnung sei jetzt nicht am Platze. Dagegen steht der Berichterstatter mit dem Etatsausschuß der Neuregelung der Lehrergehälter sehr wohlwollend gegenüber.

Diesem Wohlwollen gibt als Berichterstatter über die Regelung der Gehälter der Volks- und Mittelschullehrer und Lehrerinnen, sowie Beschlußfassung über die dazu eingegangenen Petitionen, Stadtv. Prof. Dr. Bangert noch besonderen Ausdruck. Er ist mit der Vorlage einverstanden und nur um Erhöhung der Ortszulage um 10 050 Mk. gebt der Etatsausschuß über die Vorlage hinaus. — Stadtv. Knabe kommt nun auch auf den bereits erwähnten Antrag der Arbeiter um Lohnerhöhung zu reden, die der Etatsausschuß abgelehnt hat. Die geforderte Lohnerhöhung würde 125 400 Mk. beanspruchen. Der Etatsausschuß hat die jetzigen Löhne für angemessen gehalten. Alle Löhne scheren über einen Kamm zu scheren, sei bei den verschiedenartigen Verhältnissen im Betriebe einer Gemeinde wie Halle nicht angängig. In allen Betrieben seien Löhne festgesetzt, die für den wirtschaftlichen Betrieb maßgebend wären. Es herrsche hier ein außerordentliches Wohlwollen gegenüber denjenigen Arbeitern, die im Dienste der Stadt stehen. Der Etatsausschuß habe aber die rechtliche Stellung der städtischen Arbeiter einer Prüfung unterzogen, sowie die notwendige Fürsorge für die Arbeiter ins Auge gefaßt. Diese Fürsorge gehe weiter als die in Privatbetrieben. Die Arbeiter sollen nach zehnjähriger Dienstzeit zu einer kleinen Pension berechtigt sein. In Krankheitsfällen wird der Lohn fortgezahlt unter Abzug des Krankengeldes. Der Magistrat soll ersucht werden, Mitteilung zu machen, ob und welche Lohnerhöhungen seit 1907 erfolgt sind. Außerdem soll erwogen werden, ob eine Lohnstaffel mit Zuschüssen für kinderreiche Familien einzuführen ist und ebenso die Errichtung von Arbeiterausschüssen ins Auge zu fassen.

Stadtv. Brauer weist die vom Berichterstatter gegen die Beamtenschaft gerichteten Ausstellungen zurück. Nachdem Staat und Reich den Beamten zu Hilfe gekommen war, halte er es für angemessen, daß auch die Beamten der Gemeinde entsprechend behandelt werden. Redner protestierte gegen die Angriffe des Berichterstatters auf die Leistungsfähigkeit der Beamten, daß diese nur schematisch nach Vorschrift arbeiteten. Zu dieser Hinsicht könne eben der Berichterstatter die Beamtenverhältnisse nicht. Man bezahle nicht die Person, sondern das Amt. Gewiß sei möglichste Sparsamkeit am Platze, aber man solle sie nicht am wirtschaftlich Schwachen ausüben, das sei keine ausgleichende Gerechtigkeit. Halle komme möglicherweise mit der Regierung in Konflikt, weil es seinen Angestellten nicht das gibt, was ihnen gebührt. Redner tritt für Rückverweisung der Vorlage an den Etatsausschuß ein und bat um eine nochmalige eingehende, aber wohlwollende Prüfung. — Stadtv. Justizrat Keil hält eine Weiterberatung nach Lage der Sache auch nicht für angänglich, da der Etatsausschuß Beschlüsse gefaßt habe, die kaum Aussicht auf Annahme haben dürften. So ständen die Gehälter mit ihrem Endgehalt von 3700 Mk. gegenüber dem der Lehrer mit 4500 Mk. so weit unter diesen, daß dieses Verhältnis nicht für gerecht zu halten sei. — Oberbürgermeister Dr. Rive bemerkt, der Magistrat habe das Bestreben, die Verhandlung so kurz wie möglich zu gestalten, um eine unfruchtbare Erörterung auszuschließen. Namens des Magistrats habe er zu erklären, daß dieser beschlossen hat, einem Beschluß der Stadtverordneten nicht zuzustimmen, wenn dieser zur Annahme der Anträge des Etatsausschusses gelange. Der Magistrat habe das Empfinden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191001252-15/fragment/page=0002

daß er seine Pflicht gegen die Beamten nicht erfüllt, wenn er den Anträgen des Etatsausschusses zustimme. — Stadtv. Osterburg bedauert namentlich die Anträge der Arbeiter, während Stadtv. Prof. Dr. v. Blume vor Verschärfung der Gegensätze zwischen Beamtenstand und Bürgerschaft warnt. Die Steuerzuschläge in den übrigen Städten der Provinz hätten dieselbe Steigung wie in Halle erfahren. — Die Abstimmung ergibt Zurückverweisung sämtlicher Vorlagen an den Etatsausschuß.

Es wird nunmehr in der Tagesordnung fortgefahren.

3. a) Antrag. Angesichts der Tatsache, daß für die Lehrer und die städtischen Beamten eine weitere Erhöhung ihrer Dienstbezüge gefordert wird, beantragen die Unterzeichneten, daß die Löhne der städtischen Arbeiter um 3 Mk. pro Woche und Arbeiter erhöht werden. b) Die Arbeiter des Stadtbauamtes bitten um Lohnerhöhung und Einführung von Wochenlöhnen.

4. Gesuche der Pensionäre ehemaliger Militäranwärter um Erhöhung der Pension. Eine Anzahl städtischer Pensionäre — Militäranwärter — bittet um Zahlung der auf ihre Zivilpension in Anrechnung gebrachten Militärrente. Berichterstatter Stadtv. Probst empfiehlt, diese Eingabe dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. Dies geschieht.

5. Die Schulhausmänner bitten um Aufbesserung ihrer Entschädigungen. Nach dem Antrage des Etatsausschusses durch den Berichterstatter Stadtv. Bangert wird eine Erhöhung um 200 Mk. beschlossen.

6. Anderweite Festsetzung der Ruhegehälter pensionierter Steuer- usw. -Erheber, sowie der Witwen- und Waisengelder für deren Hinterbliebenen. Der Magistrat hat beschlossen, die Ruhegehälter von acht pensionierten Steuererhebern, sowie das Witwen- und Waisengeld einer Steuererheberwitwe nach einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts auf die besonders festgestellten Beträge zu erhöhen. Der von Beginn der Nachzahlungen ab bis zum 31. März 1910 erforderliche Gesamtbetrag von 12 706,35 Mk. ist mit 10 009,85 Mk. aus den zu erwartenden Ueberschüssen der ordentlichen Kämmereirechnung für 1909 und mit 1696,50 Mk. aus den zu erwartenden Ueberschüssen der Gaswerke für das Rechnungsjahr 1909 zu entnehmen. Die Erhöhungen sind in den Stadthaushaltplan einzustellen. — Stadtv. Prof. Bangert hält es nicht für richtig, daß die Beamten erst haben um Anerkennung der Pensionsfähigkeit von gewissen Nebeneinnahmen klagen müssen. — Oberbürgermeister Dr. Rive entgegnet, daß sowohl Magistrat wie Stadtverordnete darin übereinstimmten, diese Einnahme sei nicht pensionsfähig, und ebenso habe der Bezirksausschuß erkannt. Das Oberverwaltungsgericht freilich habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß sämtliches Diensteinkommen pensionsfähig sei. Durch Ortsstatut von 1906 sei für die seit dieser Zeit neuangestellten Erheber die Pensionsfähigkeit solcher Einnahmen ausgeschlossen. Der Magistrat halte die Entscheidung für unrichtig, aber er befolge sie. Die Vorlage wird angenommen.

7. Es folgt die Beratung von Haushaltsplänen. Die Annahme der Eingelestats ist unverbindlich für die Gesamtabstimmung über Stadthaushaltsplan. Durch eine Geschäftsordnungsaussprache wird festgestellt, daß vor dieser letzten Abstimmung noch eine allgemeine Aussprache über den gesamten Haushaltsplan erfolgen kann. Als Berichterstatter erläutert Stadtv. Knabe zunächst den Haushaltsplan der Gaswerke für 1910, der in Einnahme und Ausgabe mit 2 249 000 Mark abschließt. Debattelos wird er genehmigt.

Derselbe Stadtverordnete berichtete über den Haushaltsplan der Wasserwerke für 1910, der in Einnahme und Ausgabe mit 836 900 Mk. sich ausgleicht. Wird angenommen.

Das Gleiche geschieht mit dem Haushaltsplan des Leihamts für 1910. Hierüber berichtet Stadtv. Aßmann. Einnahme und Ausgabe beziffern sich auf 49 910 Mk. Hierbei beschwert sich Stadtv. Thiele darüber, daß bei den Pfänderversteigerungen ein Ring von Trödlern die anderen Käufer zurückzuschrecken verstehen, so daß es dahin komme, daß die Trödler und Altwarenhändler nachher für sich blieben und die Sachen zum Nachteile der Stadt und der armen Teufel, die das Leihamt hatten benutzen müssen, unter dem Werte erwürben. — Stadtv. Borges bemerkt, daß man sich vom Kuratorium mit dieser Frage auch schon befaßt habe. Gegen den Ring selbst sei nichts zu machen. Aber man wolle die Versteigerungstage auf günstigere Zeit verlegen und die Anzeigen anders abfassen, damit mehr das private Publikum herangezogen werde. — Stadtv.-Vorst. Justizrat Föhring weist darauf hin, daß eine Verordnung Friedrichs des Großen noch zu Recht bestehe, wonach Ringbildungen von Trödlern strafbar sind.

Ueber den Haushaltsplan der Hospital-Verwaltung für das Rechnungsjahr 1910, der in Einnahme und Ausgabe mit 78 000 Mk. abschließt, berichtet Stadtv. Döhler. Auf seinen Antrag wird er und zwar widerspruchslos angenommen.

8. Wahl von 7 Mitgliedern für den Ausschuß zur Beratung der Frage einer Arbeitslosen-Versicherung. Gewählt werden die Stadtv. Borges, Emmer, Oggas, Grekler, Siemens, Zell und Kühne. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 25. Januar.

— **Zusammenstellung** der Aenderungen im Teilnehmerverzeichnis des hiesigen Vermittelungsamtes und der Erweiterung des Sprechbereichs in der Zeit vom 15. bis 22. Januar 1910. A. **Nachzutragen:** 1771, Driechen, Paul, Zigarrenhandlung en gros—en detail, Wörmlitzerstraße 109; 3616, Bernstein, Julius, Professor, Geh. Med.-Rat, Seydlitzstraße 19; 3613, Tierschutzverein für Halle a. S. und Umgegend, Tierasyl, Feldstraße Nr. 13; 15, Hofmeister, C. u. Co., Kolonialwaren en gros, Magdeburgerstr. 62; 3614, Stade, G. u. Gerdau, A., gymnasialsozialpädisches Institut, Alte Promenade 8; 3620, v. Poser, Adjutant der 9. Division, Am Kirchtor 4; 3630, Messing, Hugo, Kohlenhandlung, Baumaterialien und Spedition, Verkaufsplatz „am Grünen Hof", Gr. Steinstraße 49; 3627, Teuscher, Karl, Tuchhandlung und Anfertigung feiner Herrengarderobe nach Maß, Gr. Steinstraße 16, part.; 3623, Dommerahn, Adolf, Malermeister, Werkstatt für Malerarbeiten aller Art, Dahlenstr. 9, I; 3617, Jhde, Karl, Fisch-Spezialgeschäft, An der Moritzkirche 5; 1305, Dölauer Hartsteinfabrik, Kontor Halle, Grünstraße 31. — B. **Zu ändern:** 1344, Stitz Nachf., Inh. Arndt, früh. Anschl.-Nr. 2039; 1482, Dr. Grüneberg, Poststraße, früh. Anschl.-Nr. 2034. — D. **Erweiterung des Sprechbereichs:** Neumünster ist zum Nachtdienst von 9—12 Uhr nachts zugelassen.

Kurorte, Reisen und Wintersport.

‖ Der **Verein für Wintersport zu Bad Harzburg** hat eine sehr beachtenswerte Broschüre: „Bad Harzburg im Winter" herausgegeben, die allen Freunden des Wintersportes, ja allen Freunden des Gebirges überhaupt zu eifrigem Studium empfohlen werden kann. Interessenten wollen sich an obengenannten Verein wegen Ueberlassung der Broschüre wenden.

‡‡ **Von der Insel Wittdün.** Der durch die Sturmflut am 3. Dezember beschädigte Damm der elektrischen Bahn im Norden unserer Insel ist wieder fertiggestellt und somit sind die letzten Schäden des Unwetters an unserer Insel beseitigt. — Eine Hotelgesellschaft, welche sich den Namen „Nordseebäder auf Amrum" zugelegt hatte, ist in Konkurs geraten. Dieser Konkurs hat aber nichts mit den Bädern selbst zu tun, die sich eines gesunden Aufblühens erfreuen. Die Badekommission gibt in nächster Zeit ihre Prospekte heraus, die auf Wunsch kostenlos zugesandt werden.

Letzte Telegramme.

Generaloberst Frhr. v. d. Goltz.

Berlin, 25. Januar. Gestern traf nach mehrmonatiger Abwesenheit in der Türkei der Generaloberst Frhr. von der Goltz hier wieder ein.

Mord.

Berlin, 25. Januar. Der Heizer Emil Leonhardt ist in einem Graben bei Hohenbruch ermordet aufgefunden worden. Ein der Tat verdächtiger Arbeitskollege wurde in Untersuchungshaft genommen.

Magdeburg-Zerbst-Leipzig-Halle.

Dessau, 25. Januar. Die Arbeiten zur Verwirklichung des Projektes einer Elektrisierung der Staatsbahn Magdeburg-Zerbst-Leipzig-Halle sollen im Frühjahr beginnen.

Die Wahlen in England.

London, 24. Januar. Bis 10½ Uhr abends lagen folgende Wahlergebnisse vor: Gewählt sind: 220 Unionisten, 200 Liberale, 34 Angehörige der Arbeiterpartei und 69 Nationalisten. Die Unionisten gewannen bisher 102 Sitze, die Liberalen 13 und die Arbeiterpartei einen Sitz.

Aus Nicaragua.

New-York, 24. Januar. Aus Bluefields wird gemeldet, daß zwischen den Armeen von Estrada und Madriz bei Asoyaya eine Schlacht begonnen hat. Die Schlachtlinie ist 15 Meilen lang.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

W. Wollauktion in London Montag, 24. Januar. Die Auktion verläuft lebhaft und fest.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg**, 24. Januar. Tägliche ausländische Offerten in Mark pe Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Hardwinter II Dez./Jan. 242 M, Northern I Duluth Jan. 257 M, Durum I Duluth Jan. —.— M, Ulka 10 Pud 4 % Dez./Jan. 237 M, 10 Pud 5 April/Mai 236 M, Orenburg. 78/79 kg Jan./Febr. 233 M, Samara 78/79 kg Jan./Febr. 237 M, April/Mai 236 M, Arg. Barletta Russo 78 kg Dez./Jan. 238 M, Jan./Febr. 234 M, Febr./März 234 M, Rosafe 78 kg Dez./Jan. 240 M, Jan./Febr. 238 M. — Roggen: Südr. 9 Pud 20/25 gute Hülsen Jan. 186 M, Febr.-März 187 M. — Futtergerste: Südr. 60/61 kg loko 120 M, Jan. 126¼ M, Febr./März 125 M—126 M, April/Juni 126¼ M. — Hafer: Nordruß. 50/51 kg Febr. 163 M, Febr./April 165 M, März-Mai 166 M. — Mais: La Plata April/Juni 149 M, Mixed fällig 150 M, Febr. 152 M, März 153 M.

— **Berlin**, 24. Januar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen inländischer 224,00—226,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai 229,00—228,75 M, Juli 229,50—229,25 M. Roggen, inländ. 165,00—166,00 M ab Bahn und frei Mühle, Juli 180,25 M. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 173—182 M, mittel 167—172 M, gering 163—166 M, russischer und Donau mittel 157,00—163,00 M, gering —,— bis —,— M ab Bahn und frei Wagen. Mais —,— bis —,— M. **Mais**, ameik. mixed. 160,00—164,00 M, etwas abfallender —,— M, türk. mixed —,— M, runder 156,00—160,00 M frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 142—148 M, gute 149—160 M, russ. u. Donau leichte 130—135 M, schwere 136—143 M ab Bahn u. frei Wagen. **Erbsen**, inländ. u. ausl. Futterware mittel 163—169 M, Taubenerbsen 170—182 M, kleine Kocherbsen —,— bis —,— M, Viktoriaerbsen —,— M ab Bahn und frei Wagen, Bohnen, weiße —,— M, Linsen —,— M ab Bahn. **Weizenmehl** 00 27,75—30,50 M **Roggenmehl** 0 und 1 20,60 bis 22,30 M, **Weizenkleie** 11,50—12,50 M **Roggenkleie** 11,50—12,10 M — **Mittagsbörse: Weizen**, inländ. 225,00—227,00 M ab Bahn, Mai 228,75—228,25—228,50 M, Juli 229,50—229,00—229,50 M, Septbr. 214,25 M. **Roggen**, inl. 165,00—167,00 M ab Bahn, Mai 177,75—177,25—177,50 M, Juli 180,75—180,50—181—180,75 M. Hafer Mai 166,25 M, Juli 168,25 M. **Weizenmehl** 00 27,75—30,50 M. **Roggenmehl** 0 und 1 20,60—22,30 M. **Rüböl** Mai 55,90—55,50 M.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 24. Jan. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin 755 gr., Mai 228,50, Juli 229,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 222,25, Mai 183,55, Chicago Northern I Spring, Mai 171,95, Juli 157,50. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 187,65. Paris Lieferungsware Jan. —,—, Budapest Lieferungsware April 243,35. Odessa Ulka 63/90 3—4 % Bes. einschl. Bordospesen loko 168,60. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 177,50, Juli 180,75. Odessa 90/91 einschl. Bordospesen loko 126,45. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 166,25, Juli 168,25. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 128,20. Buenos-Aires Durchschnitt-Qualität bordfrei —,—.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 22. Januar. (Hopfenbericht.) Während der abgelaufenen Woche gelangten größtenteils für Kundschaftszwecke 350 Ballen zum Verkauf. Die Preise sind schwach behauptet. Die Wochenzufuhr bestand in 200 Ballen. Stimmung ruhig.

Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 180 M, mittel bis 195 M, prima bis 200 M, Gebirgshopfen bis 205 M, geringe Aischgründer bis —, mittel bis — M, prima bis — M, geringe Hallertauer bis 185 M, mittel bis bis 210 M, prima bis bis 220 M, Hallertauer Siegelgut bis 225 M, geringe Elsässer bis — M, mittel bis bis 200 M, prima bis bis 210 M, geringe Badische — M, mittel bis bis — M, prima bis bis — M, geringe Württemberger bis — M, mittel bis bis 210 M, prima bis bis 220 M, mittel Posener bis 205 M, prima bis bis 220 M, Spalter Land, leichte Lagen bis 225 M, bis schwere Lagen bis 240 M Auschuß, unballiert, verzollt bis 220, Steyermärker, verzollt bis 220, Galizier, verzollt bis 205 M, Russen, verzollt bis 205 M, Englische, verzollt bis 165 M, Belgische verzollt bis 170 M, 1908er Hopfen bis 80 M, Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Düngemittel.

— **Magdeburg**, 24. Januar. Dünge- und Futtermittel. (Z. F. Lahne.) Chilisalpeter 15 bis 16 % Lieferung Frühjahr 1910 8,75 M, schwefels. Ammoniak 20,5 % pr. 60 ℔ dr. ℔. Kalkrichstoff, 18—20 % 53 ℔ pr. ℔, aufgeschloss. Peruguano 7 + 9,5 % 7,90 M, Ammonial-Superphosphat 9 + 9 % 7,25 M, Superphosphat 17—19 % 15 ℔, Baumwollsaatmehl, entfettet 55 bis 58 % — M, Tegas 55—58 % — M, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 7,90 M, Sesamkuchenmehl 50—52 % deutsches 7,50 M, Malzenkeimmehl 26—30 % 7,85 M, Malzkuchenmehl 30—36 % 8,00 M, Kokoskuchen, deutsche 30—33 % 8,30 M, Palmkernkuchen, deutsche 23—26 % 6,60 M, Leinsaatkuchen, deutsche 36—40 % — M, Rapskuchen, deutsche 40—43 % 6,00 M, Mohnkuchen, deutsche 42—45 % 6,75 M, Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 5,45 M, Hülse Biertreber 26—30 % —,— M, Knochen-Präzipitat (Futterkalk) feinste Ware mit 40 % 10,50 M, Liebigs Fleischfuttermehl ca. 90 % 12,00 M, Parität frei ab Magdeburg bei 200 Ztr.-Ladungen.

Kartoffeln, Trockenkartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 24. Januar von der Preisberichtstelle des D. L.-R. Tendenz: —. Für Speisekartoffeln ist bezahlt worden in Mk. für 50 kg in **Berlin**, rote Dabersche 2,10—2,20; andere rote Sorten 1,65—1,75; Magnum bonum 2,05—2,15; weiße runde 1,60—1,70; gelbfleischige weiße 0,00—0,00. **Magdeburg**: rote Daber 2,00; andere rote Sorten 1,75; Magnum bonum 1,90 bis 2,00; weiße runde 1,75; gelbfleischige weiße 1,75. Futter- und Brennware: **Berlin**, rote Daber 1,10—1,40; andere rote Sorten 1,10 bis 1,40; weiße Sorten 1,10—1,40. **Magdeburg**, rote Daber 1,40; andere rote Sorten 1,40; weiße Sorten 1,40.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Säcken, frei Station, in Mk. für 50 kg. Die Fabriken sind alphabetisch geordnet. **Flocken:** Aken a. Elbe 8,50 (bez.), Boguschin b. Murtwitz Station Lindensee 8,50 (Verk.), Cischkowo b. Krutsch 7,70 (bez.), Genschmar b. Goljow a. O. 7,90—8,25 (bez.), Hecklingen i. Anh. 8,00 (bez.), Kempen Stat. Dominke-Süd 7,50 (bez.), Königsberg i. Pr. Station Königsberg 8,25 (bez.), Kutschkow b. Pleschen Stat. Brunow 8,00 (bez.), Lindchen b. Petershain Stat. Petershain 7,90 (bez.), Maldeuten Stat. Maldeuten Ostpr. 7,60 (bez.), Mendenau b. Schwekatowo Westpr. 7,60 (bez.), Möltschen b. Buttschdorf 8,00 (bez.), Parchim 8,25 (bez.), Pockchow Stat. Wangerin in Pomm. 7,70 (bez.), Polwitz b. Würben Stat. Ohlau 8,00 (bez.), Pogarowo b. Brodlewo Stat. Wronke 7,95 (bez.), Rauschen b. Gimmel Stat. Kreßlau 7,90 (bez.), Röbel i. Mecklbg. 8,10—8,20 (bez.), Schönfeld Bez. Oppeln Stat. Konstadt O.-S. 7,75 (bez.), Schmolsitschip bei Allerheiligen Kr. Oels Stat. Bernstadt i. Schl. 7,75 (bez.), Sembten Stat. Koschen 8,00 (Verk. Jan.), 8,25 (Verk. Febr.), Siedlec bei Gultowy i. Posen 8,50 (Verk. Jan. u. Febr.), Twardow bei Witaschütz Kr. Jarotschin 7,50 (bez.), Uthmöden b. Neuholdensleben 8,30 (Käuf.), Welna Stat. Parkowo 7,75 (bez.), Zerbst Anhalt 8,20 (bez.), Züllichau 7,75 (Käuf.). **Schnitzel:** Calbe a. S. Zuckerfabrik 8,25 (bez.), Falkenhagen Bez. Frkf. O. 7,20 (Verk.), Gr. Gräbitz b. Gramschütz 7,50 (Verk.), Podel b. Stojentin Stat. Dargerötze 6,90 (bez.), 7,25 (Verk. Frühjahrslief.), Goldin 7,50 (bez.), Wentschow i. Mecklbg. 7,75 bez.), Walschleben bei Erfurt Zuckerfabrik 8,50 (bez.), Wolgast in Pommern 7,75 (Verk.). (D. L.-R.)

— **Magdeburg**, 24. Januar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,50—22,00 Mk. Tendenz: geschäftslos.

— **Berlin**, 24. Januar. Kartoffelstärke 21,50—22,00 Mk., Kartoffelmehl 21,50—22,00 Mk., feuchte Stärke 11,00 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 24. Januar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,25—86,25 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,25—96,25 Mk. per loko und Januar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,50—86,50 Mk. Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,50—96,50 Mk. per Januar-September-Lieferung ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 24. Januar. Spiritus fraunu, Januar 20½ G., Januar-Februar 20½ G., Februar-März 20½ G.

— **Paris**, 24. Januar. Spiritus ruhig, Januar 48,25, Februar 48,75, Mai-August 50,25, September-Dezember 44,75.

Oele und Oelsrüchte.

— **Köln**, 24. Januar. Rüböl loko 61,50, Mai 60,00.

— **Hamburg**, 24. Januar. Rüböl ruhig, loko verzollt 58,00.

— **Amsterdam**, 24. Januar. Leinöl flau, loko 36, Februar 35¾, Februar-April —, Mai-August 32⅞, Sept.-Dez. 32.

— **Paris**, 24. Januar. Rüböl ruhig, Jan. 61,25, Febr. 61,75, März-April 62,50, Mai-August 63,75.

— **Pest**, 24. Januar. Kohlraps träge, August 13,65 G.

Zucker.

W. Hamburg, 24. Januar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Jan. 12,75, per März 12,90, per Mai 13,02½, per August 13,22½, per Oktober 11,27½, per Dezember 11,12½. Tendenz: ruhig.

W. London, 24. Januar. Rüben-Rohzucker 88 % Januar, 12 sh 10½ d. Wert, ruhig, Java-Zucker 96 % prompt 13 sh. 6 d. Wert ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 24. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 35¼ G., Mai 36¼ G., September 35¾ G., Dezember 35½ G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**, 24. Januar. Java-Kaffee, good ordinary, träge, loko 41.

— **Havre**, 24. Januar. Kaffee. Good average Santos März 46,50, Mai 46,25, September 45,50, Dezember 45,25. Tendenz: behauptet.

W. Rio de Janeiro, 22. Januar. Kaffee. Zufuhren 4000 sack in Rio, 10 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 24. Januar. Baumwolle, untätig, Upland middling loko 74¾ Pfg.

— **Antwerpen**, 24. Jan. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Januar 5,40 Käufer, September 5,62½ Käufer. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool**, 24. Jan. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — — Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikanische middling Lieferungen: Ruhig. Per Jan. 7,50, per Jan.-Febr. 7,50, per Febr.-März 7,51, per März-April 7,53, per April-Mai 7,55, per Mai-Juni 7,57, per Juni-Juli 7,57, per Juli-August 7,56, per Aug.-Sept. 7,30, per Sept.-Okt. 6,86.

Petroleum.

— **Hamburg**, 24. Januar. Petroleum fustlos, Amerik. spez.-Gewicht 0,800 6,30.

Metalle.

— **Amsterdam**, 24. Januar. Banczinn behauptet, loko 88¾.

— **London**, 24. Jan. Blei, span., 12 11/16 Lstrl., engl. 14 Lstrl., Zinn 146¾ Lstrl., Zink 23¼ Lstrl., Chili-Kupfer 66¾ Lstrl., 3 Monate 61 11/16 Lstrl.

— **Glasgow**, 24. Jan. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 52 sh. 3½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 24. Jan. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 709 Rinder, und zwar 225 Ochsen, 30 Kalben, 316 Kühe, 138 Bullen, 355 Kälber, 633 Stück Schafvieh, 2931 Schweine, und zwar 2931 deutsche; zus. 4628 Tiere. Preise: Ochsen: I. 81, II. 75, III. 65, IV. 55 M für 50 kg Schlachtgew. Kalber und Kühe: I. 78, II. 72, III. 62, IV. 52, V. 42 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 69, II. 64, III. 59 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 57, II. 52, III. 36, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 41, II. 38, III. 30 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 73, II. 69, III. 65, IV. 64 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauft: 598 Rinder, und zwar: 162 Ochsen, 28 Kalben 292 Kühe, 116 Bullen; 354 Kälber, 524 Schafe, 2783 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Schafe langsam, Kälber, Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 24. Januar. Roter Winter-Weizen loko —, per März —,—, per Mai 117¾, per Juli 108⅞, per Sept. —,—, Mais per Mai 76¼, per Juli 76, per Sept. 75¾. Mehl 4,40. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 24. Jan. Weizen per Mai 109¾, per Juli 100½, Mais per Mai 67.

W. New-York, 24. Jan. Petroleum Standard white in New-York 7,90, do. in Philadelphia 7,90, do. in Refined Cases 10,30, do. Credit Balances at Oil City 140.

W. New-York, 24. Jan. Schmalz Westernsteam 12,30, Rohe und Brothers 13,25.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben für Handel, Allgemeines, Börsen-, Handelsteil: Max Göbeling; für Lokales Heinrich Wiesemann; Schlußredaktion A. Bonwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191001252-15/fragment/page=0003

Berliner Börse, 24. Jan. 1910

Die Rubrik in Cursschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1 Jan. | 1 Apr. | 1 Juli | 1 Okt. | 2 Jan. | 1.1.7. | 1.4.10. | 15.3.8. | 1.5.6. | 1.7.12. | 1.4.7.10. | 1.1.7.10. | 1.1.4.7.10. | 1.1.7.10. | 1.1.4.7.10. | 1.1.7.10. | 1.